

**LICHTBLICK**



# NOKIA, Siemens und die anderen

## Über die Sicherheit der Arbeitsplätze, über Löhne, Preise und die Globalisierung

In Bochum sind die Mes-  
sen gesungen: Nokia –  
nach Opel größter “Arbeit-  
geber“ in der Stadt hat seine  
Betriebe nach Ungarn, Ru-  
mänien und Finnland verla-  
gert. Damit sind 2.300 Be-  
schäftigte und über 1000  
„Leiharbeiter“ mehr  
arbeitslos. Das Argument  
der Geschäftsführung: 2006  
lagen die Arbeitskosten im  
verarbeitenden Gewerbe pro  
Stunde in Deutschland bei  
32,21, in Ungarn bei 6,36  
und in Rumänien bei 2,14  
Euro. Billiger wird's nur  
noch in Bulgarien: Dortzu-  
lande sind für Lohn bzw.

Gehalt und Personalzusatzkosten ganze  
1,53 Euro zu zahlen. Bei monatlich 200 Std.  
bleiben in Rumänien weniger als 400 und in  
Bulgarien nicht einmal 200. Wie man  
davon leben kann? In Leipzig reichte das  
nicht für die Miete.

Was die Firmen in ihrer Selbstdarstellung  
veröffentlichen, hat nur sehr wenig mit den  
Problemen ihrer Mitarbeiter zu tun. Da ist  
nachzulesen, die Leipziger Niederlassung  
von Siemens sei mit über 1000 Mitarbeitern  
die größte in Sachsen und beteiligt am Aus-  
bau des Flughafens Halle-Leipzig, am Fuß-  
ball-Stadion etc. ...

Aber da steht nichts zu den Sorgen, die sich  
die 530 Mitarbeiter in der Telefonfertigung  
Leipzig des Bereiches Communications  
(COM) machen. Die wissen nur zu gut, Sie-  
mens war bei den Entlassungen bei Nokia  
dabei: Im Mai 2007 berichtete die finnische  
Zeitung *Helsingin Sanomat*, dass der Tele-  
fonnetzwerk-Anbieter Nokia *Siemens Net-  
works* (NSN) plant, in Deutschland und  
Finnland mehr als 3.000 Arbeitsplätze zu  
streichen. In Deutschland mindestens 1.800.  
Da ist von „Synergieeffekten“ in Höhe von  
1,5 Milliarden die Rede, die bis 2010  
durch „Geschäftsverlagerung an Partner-  
unternehmen“ wirksam werden sollen.

**Arbeitskosten im internationalen Vergleich 2006  
Verarbeitendes Gewerbe je Stunde**

	Direktentgelte	Personalzusatz kosten	Arbeitskosten
Norwegen	25,02	13,04	38,07
Westdeutschland	19,17	14,42	33,59
Schweden	18,54	14,25	32,81
Deutschland	18,40	13,63	32,03
Dänemark	22,04	9,52	31,57
Frankreich	15,43	15,86	31,28
Niederland	17,31	12,85	30,17
Großbritannien	16,88	9,43	26,32
Irland	18,43	6,79	25,22
USA	16,03	7,91	23,94
Japan	11,33	9,05	20,38
Ostdeutschland	12,36	7,39	19,76
Tschechien	3,76	2,95	6,71
Polen	3,32	1,84	5,16
Bulgarien	0,97	0,56	1,53

Quelle: IW Köln nach nationalen Angaben

Ein Herr von der Geschäftsführung: *“Per-  
sonalabbau ist ein notwendiger Schritt, um  
Nokia Siemens Networks heute und für die  
Zukunft wettbewerbsfähig aufzustellen. Mir  
ist bewusst, dass die Maßnahmen für die  
Betroffenen schwerwiegend sind. Es liegt  
aber in unserer Verantwortung, ein erfolg-  
reiches Unternehmen zu gestalten, das den  
Mitarbeitern langfristig Zukunftschancen  
eröffnet, Aktionären angemessene Erträge,  
den Kunden wettbewerbsfähige Produkte,  
Dienstleistungen und Lösungen zu attrakti-  
ven Kosten bietet.”* Warum wird da nicht die  
Frage nach dem Personalabbau bei Spitzen-  
managern gestellt – bei deren Einkünften  
lässt sich doch viel mehr einsparen!

Beim Teilverkauf von SEN soll es 1700  
Beschäftigten an den Kragen gehen. Aber  
wer weiß, was angesichts des in München  
eingeleiteten drastischen Stellenabbaus für  
das SEN Werk in Leipzig herauskommt?  
„Im Einzelfall“ wird erklärt, „kann eine  
Schließung nicht ausgeschlossen werden“.  
Aber 3.800 Arbeitsplätze sollen gestrichen  
und weitere 3000 durch Verkäufe „abgewek-  
ckelt“ werden. Bleibt die Frage, wann und  
wie die Sorge um „angemessene Erträge der  
Aktionäre“ bei den 250 Ingenieuren, Tech-  
nikern und Facharbeitern im Schaltanlagen-

werk in Leipzig, Böhlitz-  
Ehrenberg der Siemens  
A&D zu ähnlichen „Über-  
legungen“ führt.

Jetzt hat Konzernchef Lö-  
scher angekündigt, durch  
Streichung von 16.750  
Stellen Kosten in Höhe  
von 1,2 Milliarden „ein-  
zusparen“. In Deutschland  
träte das 5.250 Arbeits-  
plätze. Volker Scharfe,  
Vorsitzender des Siemens-  
Betriebsrates in Leipzig  
ahnt, dass es auch um  
Leipziger Mitarbeiter von  
Siemens geht.

Wer sich damit zufrieden  
gibt, dass es nicht ihn,  
sondern die bei Nokia in München, im  
anderen Betriebsteil – eben einen anderen –  
getroffen hat, braucht sich nicht zu wun-  
dern, wenn es über kurz oder lang auch sei-  
nen Betrieb, sein „Team“ und schließlich ihn  
selbst trifft. Die Erfahrungen der Kollegen  
von AEG, Nokia und anderen Betrieben zei-  
gen: Wer glaubt, „seinen“ Betrieb mit Lohn-  
verzicht, Mehrarbeit und selbstlosen Einsatz  
vor der wegen angeblich zu niedrigen Profi-  
ten drohenden Schließung zu retten, wird  
erleben, was viele schon vor ihm lernen mus-  
ten: Das ist nicht „sein“ Betrieb!

### Was kann, was muss man tun, um dieser himmelschreienden Ungerechtigkeit Ein- halt zu gebieten?

Geschäftsführer, leitende Manager und Ak-  
tionäre sind so lange mächtig, wie sie die  
einen gegen die anderen ausspielen können.  
Das trifft den fleißig-beflissenen Kollegen  
X ebenso wie den kritischen Kollegen Y  
und gilt gleichermaßen für die Kollegen in  
Leipzig, München, Berlin, in Thessaloniki  
und Curitiba ... Der Streik der Lokführer hat  
gezeigt, dass dieses Instrument Wirkung  
zeigen kann, wenn es klug und konsequent

# Wer ist arm?

Nun liegt bereits der dritte Armutsbericht der Bundesregierung vor und bringt nichts Neues: 13 Prozent der Bevölkerung – das ist jeder Achte – leben in Armut. Wobei Arbeitsminister Scholz, SPD, wie in aller Welt seit jeher regierungsblich, der trüben Statistik ein paar bunte Lichter aufzusetzen versucht: Ohne die sozialstaatlichen Unterstützungsleistungen wie Kindergeld, Wohngeld und Hartz IV wären weitere 13 Prozent arm – also jeder Vierte. (Was heißt übrigens „wären“?) Für den Arbeitsminister ist klar, dass „der Sozialstaat wirkt“. Was Otto-Normalverbraucher als Musterbeispiel politischer Schönrederei abheftet, ist Wirtschaftsminister Michael Glos, CSU, immer noch zu wenig, denn auch der „überarbeitete“ Bericht (ARD-O-Ton: „Zahlreiche tendenziöse Passagen wurden gestrichen oder umformuliert“!) erkläre „zu wenig offensiv die Errungenschaften des Sozialstaats“. Er zeichne „ein zu düsteres Bild der sozialen Realität in Deutschland heute“. Weil er ja mit den Zahlen von 2005 abschließe und inzwischen die rot-grüne Koalition so überaus erfolgreich überholt worden sei. Klar muss da der sozialpolitische Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, Markus Kurth, kontern, das wahre Ausmaß der Armut in Deutschland sei weitaus größer und dramatischer als von Minister Scholz angegeben. Mit Zahlentricks werde die bedrückende Wirklichkeit verschleiert: „Würde man die bewährten und umfassenderen Daten des sozioökonomischen Panels heranziehen, läge die Armutsquote 2006 bei 18,3 Prozent statt der ... veröffentlichten 13 Prozent für 2005.“ Und: Die Bundesregierung falle in die Zeiten der Kohl-Regierung zurück, die die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich unter den Teppich gekehrt habe. (Herrje, war es denn je anders?)

## Relativ arm ist auch menschenunwürdig

Zahlenstreit allenthalben. Zank um ein Prozent mehr oder weniger. Damit ist den Armen ohnehin nicht geholfen. Den Politikern, auch wenn mancher so tut, übrigens auch nicht.

*Fortsetzung von Seite 1*  
genutzt wird. Aber davon bleibt nichts übrig, wenn der Streik unterlaufen wird, weil ausfallende Produktion in andere Betriebe verlagert wird. Nicht nur für Leipzig und nicht nur für Deutschland gilt: Angesichts der Realitäten einer global organisierten Arbeitsteilung können diese Kämpfe nur dann erfolgreich sein, wenn sie global organisiert werden. Mit anderen Worten: Wer nicht gewerkschaftlich organisiert ist, hat schon verloren.



Käthe Kollwitz, *Brot!* Lithografie 1924

Wer ist arm? Die Weltbank definiert als Armutsgrenze ein Einkommen von durchschnittlich einem Dollar pro Tag, was umgerechnet nach dem gegenwärtigen Wechselkurs etwa 0,65 Euro entspricht. Auf dieser blanken Zahlenbasis wäre in Deutschland jeder Sozialhilfeempfänger eigentlich noch ein Gutsituierter, denn er verfügt ja über entschieden mehr Kohle als diese monatlich etwa 20 Euro. Womit lediglich klar gestellt ist, dass die finanziellen Gegebenheiten einzelner Staaten nicht miteinander verglichen werden können und dass es neben der absoluten, der tödlichen Armut, auch eine relative gibt, von der in Europa vor allem die Rede ist. Wer in Asien oder Afrika einen Dollar am Tag hat, der ist zwar trotzdem absolut arm und oft hart an der Grenze zum Verhungern. Dennoch bekommt er für einen Dollar entschieden mehr Gegenleistung als in Europa.

Hansen von Transnet war nur ein Symptom: Viele Gewerkschaften und nicht wenige ihrer Spitzenfunktionäre operieren nicht einmal in der Nähe der aktuellen Herausforderungen. Dieser Kampf muss anders organisiert werden. Ohne die Orientierung auf die internationale Solidarität ist gegen globale Arbeitsteilung nichts zu machen. Das heißt aber auch, dass die uralte Forderung der Arbeiterklasse nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit nicht „nur“ für Frauen und Männer, sondern gleichermaßen nicht „nur“

Bleiben wir in Deutschland. Verhungern, erfrieren, verdursten muss hier tatsächlich noch niemand unbedingt. Doch mit den von der Weltbank vorgegebenen 20 Euro monatlich ließen sich weder die Wohnkosten noch die Nahrung oder die medizinische Versorgung bestreiten, von kulturellen Bedürfnissen erst gar nicht zu reden – die man sich allerdings als Armer in Deutschland ohnehin abschminken muss, radikal.

## Mit 60 Prozent im Abseits

In der EU gilt als relativ arm, wer über weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens verfügt. Für die BRD ergibt sich daraus der aktuelle statistische Durchschnittswert von 781 Euro. Wer diese Summe nicht erreicht, lebt unterhalb einer relativen Armutsgrenze (vor Jahren, als die Preise noch niedriger waren, lag diese Grenze dennoch bei 939 Euro!). Diesen Grenzwert unterschreiten, siehe oben, nach dem neuesten Armutsbericht mittlerweile offiziell 13 Prozent der Bevölkerung. Arm sind tatsächlich entschieden mehr, genannt seien nur die überdurchschnittlich betroffenen Kinder, die Alten oder die Alleinerziehenden und die trotz Arbeit auf Sozialleistungen Angewiesenen ...

Aber wir wollen uns, wie gesagt, nicht mit Zahlen, sondern mit dem das Problem auseinandersetzen, das eines reichen Landes unwürdig ist. Und das besteht, wie inzwischen millionenfach erlebt, darin, dass man mit 60 Prozent (erst recht mit weniger) des durchschnittlichen Einkommens ins soziale Abseits geschoben wird. Was vielen Betroffenen jegliche Lebensfreude – und mitunter

*Fortsetzung Seite 3*

innerhalb Deutschlands und nicht nur innerhalb der EU, aktuell ist!

So abstrakt das manch einem erscheinen mag, der in Sorgen um den Erhalt seines Arbeitsplatzes nicht mehr weiter weiß – was hier und heute getan werden muss, wurde im *Manifest der Kommunistischen Partei* in einer hochaktuellen Forderung zusammengefasst:  
Proletarier aller Länder vereinigt euch!

• K. H.

Fortsetzung von Seite 2

auch Lebensverantwortung – nimmt. Der permanente Kampf um lebenswichtige Güter, den inzwischen Tafeln nach US-amerikanischem Vorbild, den Kleiderkammern, Obdachlosenheime, Sozialtarife in Verkehrsmitteln – oder wie nun diskutiert – für Energie nur kaschieren, aber nicht aufheben, entwürdigt. Er ist peinlich, er stumpft ab, er ist unmenschlich und somit gegen das Grundgesetz. Aber wen schert das noch! Die Würde des Menschen, sofern er arm gemacht worden ist, ist in einer Ausbeutergesellschaft antastbar. Auch das ein Beweis: Kapitalismus ist Barbarei. Was sich in den immer länger werden Schlangen vor Suppenkuchen und Tafeln in der sogenannten Wohlstandsgesellschaft abspielt, hat das Maß der relativen Armut ausgereizt.

Eine in den gleichgeschalteten Medien anzutreffende „Experten“-Meinung, dass in Deutschland auf hohem Niveau gejammert werde, nennt die 781 Euro, bei denen die Armut beginnt, ein respektables Einkommen. Das wäre es vielleicht in Rumänien. Aber in Deutschland müssen deutsche Mieten, deutsche Strom- und Gaskosten und deutsche Einzelhandelspreise bezahlt werden.

Und wenn wir schon über die Landesgrenzen schauen, bei der Kinderarmut belegt Deutschland im OECD-Vergleich einen der letzten Plätze, bei den Renten für Geringverdiener sogar die letzte Stelle innerhalb der OECD. Und: Die Tendenz in allen Ar-

## BRD heizt lohnpolitische Konkurrenz an

mutsbereichen ist im reichen Deutschland stark steigend, während sie in anderen OECD-Ländern sinkend ist. Hinzu kommt, dass die Arbeiterverdienste in Deutschland seit der Jahrtausendwende inflationsberei-



„Tafel“-Almosen 2008

nigt nur um rund ein Prozent gestiegen sind. Damit liegt Deutschland mit seinen angeblich so guten Löhnen in der EU auf dem vorletzten Platz. Die diffamierende und sich bis in die Alters(arme)-Rente auswirkende Differenz zwischen Ost- und Westlöhnen wäre ein eigenes Thema. Frauen verdienen in EU-Ländern für gleiche Arbeit im Schnitt 15 Prozent weniger als Männer, in Deutschland sind es sogar 22 Prozent weniger. Interessanter Aspekt auch, die sogenannte Mittelschicht gerät immer stärker unter finanziellen Druck, sie ist seit 1989 um etwa fünf Millionen Betroffene geschrumpft. Ein mittleres Brutto-Einkommen sei heute nicht mehr ausreichend, um einer Familie ein Leben in der Mittelschicht zu ermöglichen, so ein FDP-Politiker. Aus Sicht der „Wirtschaftsmaschine“ EU kann man das alles auch positiv sehen: Deutschland heizt die lohnpolitische Konkurrenz in ganz Europa an. Mit Konsequenzen hinsichtlich Armut, Altersarmut, Frauenarmut, Kinderarmut ... Die Freiheit der Wölfe ist eben nicht die der Schafe.

• MaWa

Als die Konterrevolution begann, übertrafen sich Kohl und Blüm: Die Rente ist Lebensarbeitsleistung, keinem wird es schlechter gehen. Tatsächlich entschied die Volkskammer am 26. Juni 90 als Grenze für MfS-Altersversorgung einen Wert von 147% der Durchschnittsrente. Die Kohl-Regierung allerdings hatte – fast unbemerkt – schon am 31. Januar 90 eine Änderung des „Fremdrentengesetzes“ beschlossen. Danach sollten Mitarbeiter des MfS u. a. Funktionäre ursprünglich überhaupt keine Rente in der BRD erhalten!

Ungeachtet der Volkskammerbeschlüsse entschied der Bundestag am 25. Juli 91, die DDR-Rente in bundesdeutsches Recht überzuleiten – zum 1. Januar 92 betraf das etwa 2,5 Mio. Renten- und 9,4 Mio. Renten- und Versorgungsansprüche der DDR. 300.000 Bestandsrentnern wurde der Rentenzahlbetrag bis 1994 eingefroren. Mit der Einführung der Beitragsbemessungsgrenze des SGB VI waren alle darüber liegenden Ansprüche gestrichen. Das neue AAÜG folgte dem Ziel,

„Verletzungen der Menschenrechte oder Handlungen zum Nachteil anderer zu ahnden. (Strafrente). Die Rentenzahlungen an Faschisten des Baltikums waren davon nicht betroffen. Der Unterschied zur „Ostgebietsverordnung“ der Nazis vom 22.12.41 besteht lediglich

juristische Kampf schmiedete die ISOR-Gemeinschaft zusammen und entlarvte Politiker und Parteien. Und: ISOR organisierte sich auf Grund seines Widerstandes mit dem Urteil des BVG vom 28.4.99 einen wichtigen Erfolg.

In Kürze: Dem BVG schien es

## Wie sicher ist die Rente?

darin, dass an Stelle von „Rassen- und Volkszugehörigkeit“ die „Regimenützlichkeit“ trat. Erst als Angehörige der bewaffneten Organe und des MfS/AfNS der DDR die Initiativgemeinschaft ISOR gründeten, wurde der Widerstand gegen das Rentenstrafrecht gebündelt und gut organisiert. Es ist von unschätzbarem Wert, wenn – dank guter Vorstandsarbeit – 26.000 Mitglieder das Thema Rentenstrafrecht gegenüber der herrschenden Politik thematisieren und diese zwingen, Gesicht zu zeigen. Der vorwiegend politisch-

verfassungsrechtlich geboten, dass die Renten der Klagenden 100 Prozent des Durchschnittsentgeltes im Beitrittsgebiet nicht unterschreiten dürften. Die bisher gezahlten 70 v. H. setzten voraus, dass die Angehörigen des MfS/AfNS deutlich unterqualifiziert seien. Das BVG verwies auch darauf, dass zu Dienstzeiten im MfS/AfNS Versicherungspflicht bestand. Es waren Beiträge in Höhe von 10 v.H. zu zahlen. Insgesamt hatte I. Senat des BVG am 28.4.99 vier Urteile gefällt. So auch zu den fast 400.000 Versicherten, die durch ihre Arbeit in

der DDR rechtmäßige Ansprüche auf eine Zusatz- oder Sonderversorgung erworben hatten.

Dank ISOR hatte ein für die BRD neuartiger Rechtsstreit stattgefunden. Der Zeitraum der juristischen Auseinandersetzung betrug mehr als achteinhalb Jahre und machte deutlich, dass eine Richterschaft über Jahre hinweg bei Tausenden Einzelentscheidungen Grundrechte verletzt und somit sich selbst in Frage gestellt hatte. Geschichte gemacht hat dabei nur eine einzige Richterin. Ihr Mut, die von ISOR eingereichten Unterlagen exakt zu prüfen und beim BVG vorzulegen, kostete sie allerdings ihre erneute Bestätigung im Amt, da war die herrschende Klasse in Thüringen vor. Wir können mit Sicherheit davon ausgehen, dass sich das Machtmittel Justiz seit 1999 nicht geändert hat. Dennoch ist ein erneuter Anlauf rechtsstaatlich und wichtig. Denn immer noch gibt es keine völlige Rentengerechtigkeit. Immer noch wird das Rentenrecht als Strafrecht gegen Offiziere und Funktionäre der DDR missbraucht.

• H. Sp.

Die Verhältnisse in diesem Land schreien geradezu nach einer Veränderung der Produktionsverhältnisse – dieser immer wütender zitierte Satz eines Freundes fiel mir angesichts der Situationsbeschreibung ein, mit der der Stellvertretende Vorsitzende der KPD, Alfred Fritz, am 17. Mai in Berlin die Konferenz „Gemeinsam gegen Neofaschismus und Krieg, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt“ eröffnete.

Doch erst ein Wort vorab: Ein nicht unwesentliches Problem vieler solcher Treffen und auch dieser Konferenz besteht in ihrer – so gar nicht gewollten – Abschottung. Da ändert auch der zum Abschluss angenommene Aufruf (s. Seite 5), der das Konferenzthema, somit auch die wissenschaftliche Situationsanalyse der Vorträge aufgriff, wenig. Zumal die immer katastrophaleren politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse ganz andere Kräfte versuchen, zum Tanzen zu bringen, attac beispielsweise, die G8-Gegner Allerdings lassen die sich auch keinen Führungsanspruch anderer aufzwingen. Der wurde in Berlin so gewiss nicht artikuliert, aber die Empfindlichkeiten sind nun einmal ausgeprägt, ebenso wie ein mitunter latenter und zuweilen offener Antikommunismus solcher Bewegungen (oder andererseits ihr illusionärer Volksfrontglaube). Hinzu kommt, dass sich ja selbst die Vertreter kommunistischer Gruppierungen im Alltag nicht gerade durch Unzerstrittenheit auszeichnen.

Dennoch, da bei allen Animositäten bis hin zu offenen Gegnerschaften linker Kräfte untereinander – bei praktischen Aktionen, bei Demoaufrufen gegen Nazi-Umtriebe beispielsweise – ein vorbehaltloser Wille zur Gemeinsamkeit regiert, muss nicht alle Hoffnung aufgegeben werden. Insofern sind auch solche Konferenzen wie die hier erwähnte, zu der die KPD lud, eine unverzichtbare Möglichkeit, Standpunkte zu formulieren und sich damit in Bündnisse einzubringen, vom Reagieren zum Agieren zu kommen.

Zurück also zur Konferenz-Eröffnungsrede. Auf die – wie ich meine als Reaktion auf die kritische Stimmung im Volk zu verstehenden – Faschisierungstendenzen in der herrschenden Politik und der Gesellschaft der BRD eingehend, fasste Alfred Fritz vor rund 120 geladenen Gästen zusammen:

„Mit der scheinheiligen Begründung, sich gegen die drohende Gefahr des internationalen Terrorismus schützen zu müssen, wird gegenwärtig in der BRD eine totalitäre Regierungspolitik betrieben, die zu einem weiteren radikalen Abbau der noch verbliebenen demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes führt. Die herrschenden Kreise bedienen sich hierbei des Antikommunismus, der in Kontinuität, aber besonders gegenwärtig extrem hochgepeitscht, den heutigen Imperialismus kennzeichnet und der Zerstörung des

## Gemeinsam gegen Neofaschismus und Krieg, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt

# Aktionseinheit gegen Unrecht

*Widerstandes dienen soll. Das Arsenal vielfältiger physischer und psychischer Waffen zur Schaffung einer ‚Friedhofsruhe‘ in der Gesellschaft, zur rabiaten Niederhaltung und Zerschlagung jeglicher demokratischer Regungen eines Aufbegehrens des Volkssouveräns hat ein bisher nie da gewesenes volksfeindliches Ausmaß erreicht. Neben Gummiknüppeln, Wasserwerfern und Tränengas werden immer wirksamere Repressionsinstrumente zur Freiheitsberaubung eingesetzt, wie*

*kräfte eingesetzt, wie auch das Vorgehen beim G8- Gipfel mit Räumpanzern, Tornado-Flugzeugen, Hubschraubern, Unterwasserblockaden, Marinetauchern und Militärschnellbooten zeigte. Die Militarisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens in der BRD hat erreaktionären, volksfeindlichen Charakter. Krieg und weitere Kriegsvorbereitungen kosten Geld, und das erpresst man aus den breiten Schichten des Volkes heraus. Die Lebensqualität breiter Bevölkerungsschichten wird immer weiter eingeschränkt. Die Armut erfasst zunehmend größere Teile des Volkes. Im besonderen Maße leiden hierunter Kinder, Alte, Kranke und Behinderte. Die Regierungspolitik, die die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer macht, beseitigt nicht die Arbeitslosigkeit. Die hohe Arbeitslosigkeit wird verschleiert, denn selbst Beschäftigte auf Vollzeit-Arbeitsplätzen erhalten einen Lohn, der zum Leben nicht ausreicht, also bezuschusst werden muss. Durchgängige Preiserhöhungen auf allen Gebieten des Lebens, Streichung von Pendlerpauschalen, reale Rentenkürzungen, Steuererhöhungen und Mietwucher, Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, Straffrenten, Einführung von Studiengebühren ...“ usw. usf. Die weiteren Vorträge von Prof. Dr. Wolfgang Richter, Vorsitzender der „Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde“, von Dr. Klaus Blessing, „Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden“ und von Prof. Dr. Ludwig Elm, Mitglied des Bundesausschusses und des Landesverbandes Thüringen der VVN/BdA analysierten wissenschaftlich exakt diese Unrechtszustände und die Gefährlichkeit dieses Weges für die Existenz (nicht nur) des deutschen Volkes. Fazit, durch vereinte Kraft aller revolutionären Linken, aller aufrechten Demokraten und Humanisten kann und muss ein hier einen Stoppschild gesetzt, muss zur Umkehr gezwungen werden. Oben erwähnter Aufruf „Gemeinsam gegen Neofaschismus und Krieg, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt“ sowie die Bildung eines zentralen Aktionskomitees, in dem Vertreter des OKV, des RotFuchs, der KPD, der DKP, des BüSGM, von Gewerkschaften, des Freundeskreises Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals und des Aktionsbündnisses Thälmann-Denkmal Berlin arbeiten, beendete die Konferenz.*

**WLADIMIR GALL, DER ZUSAMMEN MIT KONRAD WOLF** die SS-Besatzung der Spandauer Zitadelle zur Kapitulation zu bewegte, was einigen hundert Zivilisten, Frauen, Greisen und Kindern, die in den letzten Kriegstagen in die Zitadelle geflüchtet waren, das Leben rettete, schrieb für die Leser des 'Lichtblick':

„Liebe Freunde und Genossen, als Gast in Leipzig erfuhr ich vom Aufruf „Gemeinsam gegen Neofaschismus und Krieg, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt“. Dieser Aufruf ist ein richtiges Signal zur richtigen Zeit.

Als Veteran und Offizier des Großen Vaterländischen Krieges und Kampfgefährte von Konrad Wolf wünsche ich Erfolg bei den Aktionen im Kampf gegen Neofaschismus und Krieg.

Den 8. Mai, den Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus alljährlich als Aktionstag im Kampf gegen Neofaschismus und Krieg zu gestalten, ist eine gute Entscheidung. Auch im Kampf gegen das Vergessen!

Wladimir Gall

*„Unterbindungsgewahrsam‘ in Käfighaltung á la Guantanamo, Videoüberwachung, Online-Schnüffeleien, Handyverbote, Verbot der Telefonnutzung, Einschleusung von Agent-Provokateuren, ja selbst die vorbeugende gezielte Tötung von Verdächtigen wird ins Kalkül gezogen. Die hierfür geschaffenen Ergänzungen im Strafgesetzbuch mit den Paragraphen 129, 129a, 129b ermöglichen Re-pressalien gegen Oppositionelle ohne konkreten Tatnachweis und werden zur Kriminalisierung der politischen Linken benutzt. Die Bundeswehr wird entgegen des Grundgesetzes als Aggressionsarmee nach außen und als Drohung und Unterdrückungsinstrument nach innen gegen Oppositionelle, gegen Friedens-*

Die Bündnispolitik der DKP mit der Partei DIE LINKE, mit der europäischen Linkspartei und mit den kommunistischen Parteien in Europa war Thema der öffentlichen Mitgliederversammlung der DPK Leipzig am 23. Juni. Die stellvertretende Parteivorsitzende Nina Hager führte aus, dass wir berücksichtigen müssen, dass DIE LINKE keine Kommunistische Partei, sondern eine sozialreformistische Partei ist, die, deutet man Gysis Aussagen, ein Regierungsbündnis mit der SPD anstrebt. Deutlich sei dieser Sinneswandel auch bei der Hetzkampagne gegen Genossin Christel Wegner geworden, in deren

rung;  
- die Überwindung der Ausbildungsmisere für Jugendliche.  
Wichtig in diesem Zusammenhang ist dennoch die politische Selbstständigkeit unserer Partei und unsere Selbstbewusstheit als Kommunisten. Wir tragen keine geringe Verantwortung dafür, dass die Ideale und Ziele einer einst revolutionären Arbeiterbewegung und ihre marxistischen Wurzeln nicht in einem pragmatischen Sozialreformismus verwässert werden.  
Was die europäische Linkspartei betrifft, so sind, wie Nina Hager ausführte, Zukunft und

dieses Beispiel zeigt, über das vor allem es weitere Auseinandersetzungen innerhalb unserer Partei geben wird.  
Zur Zusammenarbeit der europäischen kommunistischen Parteien ist leider einzuschätzen, das sie sich in gemeinsamen theoretischer Konferenzen und der gegenseitigen Teilnahme an Parteitagen erschöpft. Eine stärkere Zusammenarbeit in konkreten Sachfragen ist unumgänglich. Allerdings haben wir als Kommunisten in dieser Bündnispolitik-Frage nicht nur ein äußeres, sondern auch ein inneres Problem, gibt es doch auf dem Boden der ehemaligen DDR noch weitere kommunistische Par-

## AUS UNSEREM PARTEILEBEN

# Für linke, selbstbewusste Bündnisse

Ergebnis der Beschluss gefasst wurde, keine Mitglieder anderer Parteien mehr auf den Parlamentslisten der Partei DIE LINKE kandidieren zu lassen. Das heißt, wir müssen davon ausgehen, dass der Mitte-Rechts-Druck in dieser neuformierten Partei immer mehr zunimmt. Führende Mitglieder der Partei haben sich in jüngster Zeit mit antikommunistischen Standpunkten und Erklärungen „profilieren“. Dennoch, so wurde auch in der Diskussion bekräftigt, müssen wir als DKP alle Möglichkeiten nutzen, um eine weitere Spaltung der Linkskräfte zu verhindern, müssen wir alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit nutzen. Im Mittelpunkt dabei steht:

- der Kampf gegen die Kriegseinsätze der Bundeswehr;
- die Überwindung von Hartz IV;
- die Angleichung der Lebensverhältnisse von Ost und West;
- die Überwindung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse großer Teile der Bevölke-

Entwicklung zum jetzigen Zeitpunkt unklar. Es gibt in dieser Partei die unterschiedlichsten Parteien und Strömungen. Die Mitgliedschaften unterscheiden sich in den drei Varianten Vollmitgliedschaft, Beobachterstatus und individuelle Mitgliedschaft. Die DKP hat sich für den Beobachterstatus entschieden, der vom 18. Parteitag im Februar 2008 auch bestätigt wurde. Damit haben wir die Möglichkeit, unsere Vorschläge einzubringen, wir behalten uns also Chancen der Einflussnahme, haben allerdings keine Möglichkeit, an Abstimmungen teilzunehmen.

Entgegen diesem PT-Beschluss fordern die Berliner Genossen aus dieser europäischen Linkspartei auszutreten, weil sie an die Normen der EU gebunden ist, die den kommunistischen Wertevorstellungen vor allem von Friedenspolitik und sozialer Gerechtigkeit widersprechen. Mitwirkungen, Bündnisse und dergleichen sind also nicht völlig unproblematisch, wie



teien. Die MLPD ist für uns kein Bündnispartner, da sie in ihrem Programm Ansichten vertritt, die mit der DKP nicht vereinbar sind. Mit der KPD führt der Vorstand der DKP Gespräche über Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Auch hier vor Ort sollten solche Möglichkeiten geprüft und genutzt werden, um die Aktionseinheit linker Kräfte zu festigen und um selbstbewusst zu Vereinbarungen zu kommen.

• B. N.

## Aus dem Aufruf der Konferenz für Aktionseinheit

„Gemeinsam gegen Neofaschismus und Krieg, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt“, Berlin am 17. Mai 2008 (Siehe S. 4)  
Die Aggressionspolitik des deutschen Imperialismus nach außen und innen hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Politik der BRD-Regierung reiht sich ein in die Kriegspolitik der USA-Administration zur Schaffung einer neuen Weltordnung mit dem Ziel, die wichtigsten Rohstoff- und Energiequellen anderer Länder zu beherrschen.

... Wenn nicht durch vereintes Handeln aller Friedens- und demokratischen Kräfte diese verhängnisvolle Politik gestoppt wird, treiben die Völker - darunter das deutsche Volk - in eine existenzbedrohende Katastrophe. ...

Wir rufen dazu auf, alljährlich den 8. Mai, den Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus, zum Aktionstag im Kampf gegen Neofaschismus und Krieg zu gestalten.

Wir fordern hierbei insbesondere:

1. Keine direkte oder indirekte Beteiligung Deutschlands an Aggressionen gegen andere Staaten und Völker. Sofortiger Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr, ihres Einsatzes im Innern und der weiteren Militarisierung der Gesellschaft. Keine Atomwaffen in der BRD, Abschaffung und Ächtung von Atomwaffen, keine US-Militärstützpunkte in der BRD. Aufkündigung der

NATO-Mitgliedschaft, Rüstungsstopp. Verbot des Rüstungsexports sowie erhebliche Reduzierung der Militärausgaben. Die eingesparten Mittel sind für Bildung und Forschung sowie für die bedarfsgerechte gesundheitliche und soziale Betreuung der Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen, einzusetzen.

2. Wirksame Maßnahmen im Kampf gegen neofaschistische Aktivitäten und Faschisierungstendenzen in der Innen- und Außenpolitik, gegen rassistische und faschistische Ideologien sowie Verbot jeglicher faschistischer Organisationen in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Völkerrechts, insbesondere des Potsdamer Abkommens und des Grundgesetzes der BRD. Erhalt und Pflege aller antifaschistischen Mahnmale und Gedenkstätten und deren Schutz gegen faschistische Übergriffe durch staatliche Maßnahmen. Verteidigung des antifaschistischen Widerstandes von 1933 bis 1945, des Kampfes von Antifaschisten nach 1945 in der BRD sowie der antifaschistischen Positionen der DDR durch eine entsprechende Gedenkstättenkultur.

3. Brechung der absoluten Allmacht des Finanzkapitals und aller monopolkapitalistischen Unternehmen, ihres uneingeschränkten Herr-im-Hause-Standpunktes, Unterstützung aller gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung in der Lohn- und Tarifpolitik. ...

Dieses System der Kriegspolitik, der Rüstung, der Ausbeutung und Unterdrückung des eigenen Volkes sowie anderer Völker kann dauerhaft nur überwunden werden, wenn die entscheidenden Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum überführt und damit die profitorientierten Grundlagen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt werden. ...

## SKANDALE HIER UND HEUTE

**E**insatzbedingte Zusatzausgaben heißen die Kriegskosten im sperrigen Parlamentsdeutsch. Eine weitere zwölfmonatige deutsche Beteiligung an der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) schlägt mit rund 487 Mio. Euro zu Buche, wie aus einem dem Bundestag vorgelegten Antrag der Bundesregierung hervorgeht. Der Einsatz der Tornado-Jets in Afghanistan, so lässt die Regierung das Parlament weiter wissen, mache davon einen Anteil von 44 Millionen aus. 188 Millionen Euro kommen auf das Konto „nichtsächlicher Verwaltungsaufgaben“.

Schon im Jahr 2006 wurden beispielsweise die Ausgaben für das ISAF-Personal mit weniger als einem Fünftel des Gesamtetats ausgewiesen, was gerade mal 92 Millionen der insgesamt 500 Millionen Euro waren (stunden tatsächlichen Soldatenstunden in Rechnung, müssten die Personalkosten wohl eher in der Größenordnung von einer Milliarde Euro liegen.).

Mit der Kostenangabe eines schon im Vorfeld besonders strittigen Elements des Afghanistaneinsatzes endet die kurze Auf-

schlüsselung der Ausgaben. Es geht um die 92,03 Euro, die die in Afghanistan eingesetzten Soldatinnen und Soldaten pro Tag zusätzlich zu ihrer regulären Entlohnung erhalten - weil sich Bundeswehr ja für den Soldaten rechnet, wie es einmal auf einem

### „Einsatzbedingte Zusatzausgaben“

## Bürokratendeutsch, Kriegskosten und Steuerzahler

Flyer voller Rechenbeispiele hieß. Von humanitären Einsätzen war da erst gar nicht die Rede.

Doch zurück zu diesen 92,03 Euro in der Ausgabenaufstellung. Ein entscheidender Punkt bleibt dabei nämlich im Dunklen: Während bei der Entsendung ziviler Experten betriebswirtschaftlich korrekt gerechnet wird und das Gehalt den Hauptkostenfaktor ausmacht, wird bei der hier angewandten Kostenberechnung offenbar davon ausgegangen, dass die Bundeswehr-Soldaten

ohnehin nicht ausgelastet und deshalb jederzeit verfügbar sind. So fehlt in den aufgeführten Personalkosten der normale Sold, nur die so genannte „Auslandsverwendungszulage“ ist beziffert – allerdings ergänzt vom Hinweis, dass im Etat des Verteidigungsministeriums die nötige Vorsorge getroffen wurde. Wer dann, misstrauisch geworden, weiterforscht also in dem für die Bundeswehr zuständigen sogenannten „Einzelplan 14“ eine genaue Personalkosten-Aufschlüsselung erwartet, wird enttäuscht. Erst nach einem Blick in Unterlagen, die jedoch ausschließlich den Abgeordneten des Haushalts- und Verteidigungsausschusses zugehen, finden sich Hinweise. Ganz oben auf der Liste über die Ausgaben für ISAF im Jahr 2006 stehen dort übrigens mit 188 Millionen Euro die sogenannten „nichtsächlichen Verwaltungsaufgaben“. Was vor allem für die immensen Transportkosten steht. Bei bis zu 3000 eingesetzten Soldaten eine erstaunlich kleine Summe. Siehe oben, in welchem Posten sind nun hier wieder die wahren Kosten versteckt?

**A**m 3. Juni verabschiedeten mehrere Senatspolitikern der Tschechischen Republik eine „Prager Deklaration über europäisches Bewusstsein und Kommunismus“. Zu den Unterzeichnern gehörten u. a. der frühere tschechoslowakische und tschechische Präsident Václav Havel, der frühere Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde Joachim Gauck, der Chef der Stiftung zur Erinnerung an die Opfer des Kommunismus Lee Edwards (USA), der Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates Göran Lindblad (Schweden), der Europaparlamentarier und frühere litauische Präsident Vytautas Landsbergis, der Repräsentant des Dalai-Lama in Genf Tseten Samdup Chhoekyapa und der Historiker und Professor an der Mainzer Universität Michael Kießner.

Lichtblick dokumentiert hiermit wesentliche Teile dieser makaberen Deklaration, die sich ausdrücklich auf die Erklärung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 26. Januar 2006 bezieht, mit der eine neue Stufe antikommunistischer Hexenjagd in Europa eingeleitet werden sollte. Das Papier, entstanden in Vorbereitung auf den 20. Jahrestag der Konterrevolution von 1989 und der Ereignisse in Peking im Frühjahr desselben Jahres wie auch und seine Unterzeichner entlarven sich selbst:

Sie rufen dazu auf

1. eine gesamteuropäische Verständigung

### Antikommunisten fordern mit Prager Deklaration:

## Gedenken wie an die Opfer des Holocaust!

darüber, dass die totalitären Nazi- und kommunistischen Regimes durch ihre eigenen Werte, nämlich destruktiv in ihrer Politik von systematisch angewandten extremen Formen von Terror zu sein, gerichtet werden müssen. Sie unterdrückten alle bürgerlichen und menschlichen Freiheiten, starteten Angriffskriege, vernichteten und deportierten – ein untrennbarer Bestandteil ihrer Ideologien – ganze Nationen und Bevölkerungsgruppen; als solche sollten sie als die Hauptkatastrophen betrachtet werden, die das 20. Jahrhundert verschandelten;

2. anzuerkennen, dass viele im Namen des Kommunismus begangenen Verbrechen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bewertet werden müssen, die als Warnung für zukünftige Generationen dienen, in derselben Weise, in der Naziverbrechen vom Nürnberger Tribunal bewertet wurden;

3. eine gemeinsame Herangehensweise in Bezug auf totalitäre Regime, darunter kommunistische Regime, zu formulieren und eine europaweite Bewusstheit über kommunistische Verbrechen zu fördern mit dem Ziel, eine gemeinsame Haltung gegenüber den Verbrechen der kommunistischen Regi-

me klar zu definieren;

4. eine Gesetzgebung einzuführen, die Gerichten ermöglichen könnte, Täter kommunistischer Verbrechen zu richten und zu verurteilen und Opfern des Kommunismus Wiedergutmachung zu leisten;

5. den Grundsatz von Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung von Opfern aller totalitären Regime zu sichern; (...)

9. den 23. August, den Tag der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes, bekannt als Molotow-Ribbentrop-Pakt, zum Tag des Gedenkens an die Opfer der totalitären Nazi- und kommunistischen Regime zu machen – in derselben Art, wie Europa am 27. Januar der Opfer des Holocaust gedenkt; (...)

11. effektiv über den kommerziellen und politischen Missbrauch kommunistischer Symbole zu debattieren; (...)

17. europäische Geschichtslehrbücher abzustimmen und zu überprüfen, so dass Kinder über den Kommunismus und seine Verbrechen etwas lernen und vor ihm gewarnt werden können in derselben Weise, wie sie gelehrt werden, die Naziverbrechen zu beurteilen... (...)



Vor unseren Augen vollzieht sich ein Prozess der Ver selbständigung und Loslösung der Finanzwirtschaft von den Prozessen in Landwirtschaft, Industrie und großen Teilen des Dienstleistungswesens. Das Handelsblatt rühmt am 5. Oktober 2006 das hübsche Städtchen Greenwich in der Nähe von New York als „heimliche Hauptstadt der Hedge-Fonds“ denn hier seien 380 dieser Fonds mit rund 120 Milliarden US/\$ beherbergt. Aber es geht längst nicht mehr nur um die uralte Moral, dass es dort, wo all zu abenteuerlich spekuliert wird, durchaus auch mal etwas schief gehen kann.

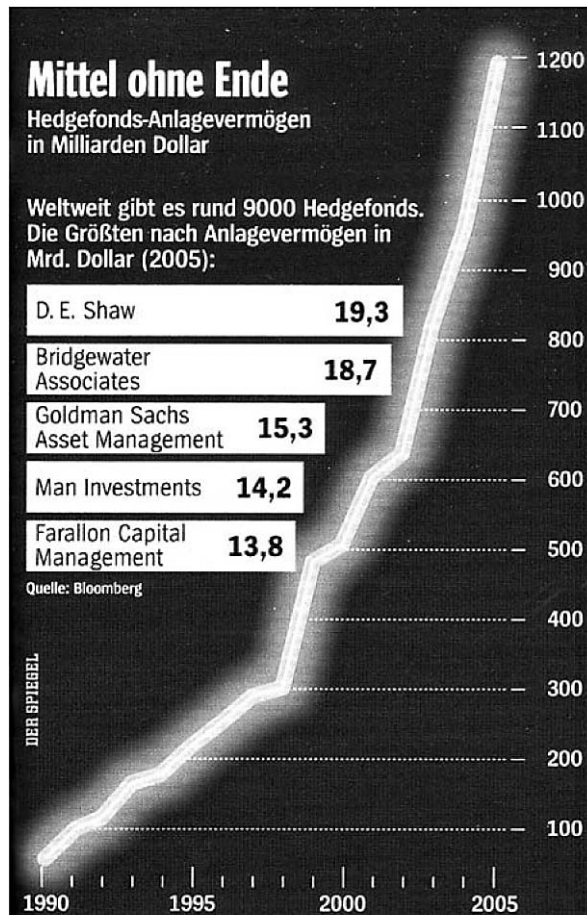
Im *Spiegel* wird man deutlicher: „Das Zerstörungspotential der Hedgefonds ist jedenfalls weit größer, als der Fall Amaranth errahnen lässt.“ Schon im September 1998 hätten die Finanzmärkte vor dem Kollaps gestanden. Mit Derivaten wurden und werden Wetten auf Kreditpleiten auf großem Fuße organisiert. In einem Dschungel kaum noch überschaubarer geradezu „bizarrer“ Absicherungen werden aus den dabei eingesetzten Millionen-Krediten Versicherungssummen von mehreren Billionen Dollar. Mit Spekulationsgeschäften „erwirtschaftete“ Milliarden US-Dollar, Euro, Pfund und Yen wurden und werden

von eben diesen Spekulanten als zwischen den Börsen vagabundierende Instrumente für immer abenteuerlichere Geschäfte eingesetzt. Aber mit der damit ausgelösten Explosion von Geldmengen kippt die Schieflage zwischen den Weltfinanzen und dem „Rest“ der Weltwirtschaft. Auch die von den Zentralbanken verfügbten Stützungskäufe können nur noch kurzfristig den Anschein der Rückkehr zu einer relativen Stabilität sichern. Aber: Die damit den Staatshaushalten entzogenen Milliarden an Steuergeldern sind nicht „weg“: Die dienen zur Finanzierung neuer, noch größerer Spekulationsgewinne der global player.

So wird eine globale Umverteilung des gegenwärtig verfügbaren gesellschaftlichen Reichtums eingeleitet, die alles bislang Bekannte in den Schatten stellt. Dazu gehören nicht zuletzt auch die Finanzierung des Defizits im US-Staatshaushalt und des Irak-Krieges über die immer noch dominierende Weltwährungsfunktion des US-Dollar. Absurdistan: An der Börse treibt das Speku-

# Die Finanzkrise - eine unendliche Geschichte

## Was dahinter steckt



lationsobjekt Unternehmensschulden die Gewinne der Banken und Hedgefonds in ungeahnte Höhen.

Es ist höchst aufschlussreich, dass die Luftnummer mit ungedeckten Kreditgeschäften ausgerechnet bei US-Immobilien spekulativen platzte. US-Amerikaner leben auf Pump – so die *Tagesschau* vom 17.3.2008. „Allein die Kreditkartenschulden liegen landesweit bei mehr als 800 Milliarden Dollar, dreimal soviel wie vor 20 Jahren. Mit durchschnittlich 10.000 \$ ist jeder US-Haushalt inzwischen in den Miesen, und das ohne Immobilienschulden. Die US-Immobilienkrise ist nur die Spitze des Eisbergs.“

Das nächste Debakel wird in Großbritannien und Spanien erwartet. Neu ist das alles nicht: 1990 stürzte die japanische Wirtschaft im Resultat abenteuerlicher Immobilienspekulationen in eine Krise, von der sie sich erst jetzt nur allmählich zu erholen scheint. Auch bei der Telekom löste die abenteuerlich-spekulative Überbewertung

von Immobilien den Absturz der Kurswerte aus. Wer glaubt, dass die daran verdienen den Aufsichtsräte, Spitzenmanager und andere Spekulanten vielleicht doch daraus lernen könnten, liegt ... richtig: Aber bei denen geht es um noch raffiniertere Spielchen, um noch höhere eigene Einkünfte und nicht um die Interessen derer, denen die das Geld aus der Tasche ziehen. Deshalb wehren sich Ackermann & Co. gegen jegliche Kontrolle, der internationalen Finanzbeziehungen, darum versteht Georg Soros Freiheit als „freie Bewegung von Kapital“ und aus keinem anderen Grunde wird jeder Versuch, denen auf die Finger zu sehen, als „Rückkehr zur Kommunistischen Zwangsherrschaft“ diffamiert. Zwar hat das noch lange nichts mit Kommunismus zu tun – hier ist man noch nicht einmal bei Keynes. Aber solche Sorgen sind berechtigt: Denn die Ursache dieser unendlichen Kette von Krisen ist die Tatsache, dass dieses System – wie jedes andere Schneeballgeschäft – nur so lange funktioniert, wie es wächst. Der Keim der Selbstzerstörung steckt schon drin.

Damit ist auch die Antwort auf die Frage nach der Kontrolle der Finanzgeschäfte gegeben: So lange der Schein relativer Stabilität gewahrt bleibt, wird sich Ackermann mit seiner Idee von der „Selbstkontrolle“ der Banken durchsetzen. Auch in der nächsten Runde von Krisen und Stützungskäufen, d. h. bei der nächsten großen Umverteilungsrunde wird nichts gegen die Hedgefonds geschehen: Wie denn auch? Die agieren global. An ihnen sind die multinationalen global player interessiert. Und in einer offensichtlich global werdenden Welt mit ihren – nur noch in ihrer globalen Entwicklung zu verstehenden – Umverteilungsproblemen, Klassenbeziehungen und -kämpfen ist jeder Versuch, dies in nationalen, regionalen oder kommunalen „Wassertropfen“ zu verstehen oder gar zu „korrigieren“, zum Scheitern verurteilt. Nachdem sich das Kapital globalisiert hat ist es höchste Zeit, sich an einen Ratschlag aus dem *Kommunistischen Manifest* zu erinnern: Will man denen das Handwerk legen, dann kann das nicht durch nationale oder regionale Insellösungen geschehen: Von der Macht der Milliardäre bleibt nichts, wenn sich die von diesen Betrogenen Milliarden vereinigen..



## Die geheimen Armeen der NATO



Der Schweizer Friedensforscher Daniele Ganser hat unter dem obigen Titel ein Buch vorgelegt, das die Hintergründe der politischen Verhältnisse in den Ländern Westeuropas während des kalten Krieges wirft. **Sein wichtigstes Ergebnis: Die NATO hat während des Kalten Krieges Geheimarmeen unterhalten, die in eine ganze Serie terroristischer Operationen und Menschenrechtsverletzungen, in Bombenanschlägen in Zügen, auf Marktplätzen und Bahnhöfen in die systematische Folterungen von Regimegegnern, die Unterstützung von Staatsstreichen und in die Zerschlagung oppositioneller Parteien im eigenen Land verwickelt waren.**

Unter <http://www.wahrheitsportal.de/historiker.htm> kann eine ca. 22-minütige Sendung des Schweizer Fernsehen angesehen werden, in der Ganser darüber und über die Hintergründe des Anschlages vom 11. September 2000 spricht.

## Goethes kommunistisches Element

Wetten, falls demnächst ein Schreiberling entdecken sollte, dass das berühmte Goethe-Denkmal auf dem Leipziger Naschmarkt vor der alten Börse am 28. Juni vor 105 Jahren eingeweiht wurde, ein Detail würden er, auch wenn er es denn auch erführe, gewiss ganz staatsnah weglassen. Welches, das ist unschwer zu erraten. Die komplette Geschichte dieses feschen jungen Bronze-Goethes, der hinüber zu Auerbachs Keller schaut, geht so (und dass wir sie heute nochmal aufschreiben konnten, verdanken wir dem Zeitungssarchiv des Genossen Heinz Hesselbarth, der sich genauso über seine Ausgrabung einiger über 40 Jahre alter LVZ-Beiträge zur Sache freute, wie wir):

Es war in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts als im Leipziger Germania-Bad stadtbekannteste Persönlichkeiten, so die Medizinprofessoren Spalteholz und Kockel, der Verlagsbuchhändler Hirscl und auch die beiden Bildhauer Max Klinger und Karl Seffner unter Anleitung des Turnlehrers Karl Wehner eifrig Jahnische Leibesübungen trieben. Eines Tages nahm Seffner dann den Arbeitersportler – und Kommunisten – aus einer alten Leipziger Turnerfamilie zur Seite und ihm schlug ihm vor, für das neue Goethe-Denkmal Modell zu stehen. Monatlang dauerte das dann, täglich drei Stunden, ausgestattet von der Theaterschneiderei, bis der Wehner-Goethe fertig war.

Über 90 Jahre wurde Wehner alt, der zuletzt als rüstiger Veteran im Leipziger Feierabendheim Auenstraße lebte und der

nicht nur als Sportler eine von vielen Turnvereinen von London bis Petersburg umworbene Größe seiner Zeit war, sondern auch auf dem Gebiet des Turngerätebaus internationale Anerkennung fand. Immer, wenn er, der jedoch Leipzig die Treue gehalten hatte, am Naschmarkt vorbei kam



und den Goethe mit seiner athletischen Figur da stehen sah, freute er sich diebisch, dem alten Dichterfürsten ein sehr proletarisches, ja kommunistisches Element beigelegt zu haben. Aber wer weiß das heute noch. Und wer will es wissen, gar, um es weiterzusagen ... **• mx**

### Lieber Kurt Walther, lieber Kurt Krah,

wir gratulieren zu Eurem 85. Geburtstag. Wir danken für Euren Einsatz und Eure Treue zu unserer Sache und wünschen Euch und uns noch viele Jahre bei guter Gesundheit. *Eure Genossinnen und Genossen der DKP Leipzig*

## Termine DKP-Gruppe Leipzig

ÖFFENTLICHE MITGLIEDERVERSAMMLUNGEN:

- **Montag, 25. 8. 2008, 18 Uhr**  
Öffentliche Mitgliederversammlungen im Liebknechthaus in der Braustraße  
Thema: Gemeinsam gegen Neofaschismus und Krieg, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt  
Verantwortlich: K.- Heinz Reinhardt
- **Montag, 22. 9. 2008, 18 Uhr**  
Liebknechthaus in der Braustraße  
Thema: Die Militärpolitik der BRD - Auslandseinsätze der Bundeswehr und ihr Einsatz im Innern der BRD  
Verantwortlich: Generalleutnant a. D. Voll- and
- **Sonnabend, 25. 10. 2008 11 Uhr**  
im Bürgerverein Messemagistrale in der Str. des 18. Okt. 10a  
Thema: 40. Jahrestag der DKP und die aktuellen Aufgaben der Partei

SCHULUNGSTERMIN

- **24. 9. 2008 18 bis 20.30 Uhr**  
im Liebknechthaus in der Braustr.  
Thema: Auf den Schultern von Marx – oder voll daneben ! ? !  
Verantwortlich : Dr. phil. habil. Klaus Hesse

**Unsere Zeit**  
Sozialistische Wochenzeitung der DKP  
ISSN 0943-4216

**junge Welt -**  
**Die Tageszeitung**  
Tel. 030/53635580

### IMPRESSUM:

**Herausgeber:** Deutsche Kommunistische Partei, DKP-Gruppe Leipzig, PF 301 274, 04252 Leipzig  
**Homepage:** <http://www.die-dkp-leipzig.de>  
**e-mail-Adresse:** [dkp-leipzig@gmx.de](mailto:dkp-leipzig@gmx.de)  
**Redaktion:** Klaus Hesse (V.i.S.P.)  
**Druckvorbereitung:** Hans-Jürgen Berg,  
**e-Mail:** [bergpr1@gmx.de](mailto:bergpr1@gmx.de)  
**Druck:** Osiris-Druck Leipzig  
Das Mitteilungsblatt erscheint viermal jährlich. Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.  
Das nächste Mitteilungsblatt erscheint im Oktober 2008